

V-39 Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition

Antragsteller*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandsbewegungen , Freiheit für politische
2 Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...

3 Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele
4 Bürger*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in Kommunen im
5 Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch miteinander.
6 Auch viele Mitglieder und Aktivist*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der breiten
7 Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische
8 Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer andern Form
9 der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu den
10 eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der extremen Form des
11 Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel Ortega
12 hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.

13 Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die Regierung des
14 Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch
15 Vizepräsidentin ist.Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsampropagiert, wird
16 seither mit brutaler Gewaltbeantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.

17 Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen mordet,
18 inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat dieMenschen NicaraguasDabei sind über 500
19 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötetund etwa 2000
20 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionellewurden ohne Haftbefehl
21 und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter inhaftiert.
22 Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das
23 Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der Regierung Ortega
24 missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft
25 richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten,
26 Studierende, NGOs und Repräsentantinnen und Repräsentanten der katholischen Kirche.
27 Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete Demonstrierende
28 behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI und andere
29 Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wur-den entlassen.
30 Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage entzogen. Im
31 Dezember entzog das die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden
32 Menschenrechtsorganisationen CENIDH und HagamosDemocracia den Rechtsstatus.Während der
33 Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien. Der
34 Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte 60.000
35 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären
36 Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.

37 Der Bericht von Amnesty International "Shoot to kill. Nicaragua's strategy to repress protest"
 38 stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere
 39 Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne jegliche
 40 Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung der
 41 Verhafteten.

42 Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine wichtige
 43 vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten
 44 Nationen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen
 45 Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der Tötungen und
 46 befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-Menschenrechtsbericht von August 2019 kritisiert
 47 deutlich die zahlreichen politischen Gefangenen und dokumentiert das autokratische Verhalten
 48 der Regierung Ortega-Murillo.

49 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als unsere
 50 Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren Menschenrechtsverletzungen
 51 kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:

- 52 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und
 53 sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker für ein
 54 sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
 55 Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den
 56 Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; eine kohärente deutsche und europäische
 57 Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbereich zu
 58 betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zählen;
- 59 2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotserlass
 60 betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wieder herzustellen; sich
 61 für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua
 62 bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer Gefangener
 63 einzusetzen; Gefängnisbesuche durch Vertreter der deutschen Botschaft und ausländische
 64 Mediziner
- 65 3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren von führenden
 66 Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für
 67 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind auszusprechen, auch um, nach der
 68 Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -mitteln von den
 69 USA nach Europa zu verhindern; Auf eine Sondersitzung des UN-Menschenrechtsausschusses
 70 in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen Untersuchung der
 71 Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der Massenentlassungen von
 72 medizinischem Personal.
- 73 4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher
 74 Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt
 75 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

Begründung

Bündnis 90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

weitere Antragsteller*innen

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.